

MÜNSTERLAND

Wir freuen uns über Ihre Meinung. Diskutieren Sie mit anderen Lesern aus der Region im Internet oder schreiben Sie uns eine E-Mail an muensterland@mdhl.de



Todesfahrt in Moskau: Schlussstrich

Lehrer aus Münster zahlt Schmerzensgeld

MÜNSTER/MOSKAU. Die Akte deckel werden endgültig geschlossen: Ein Deutschlehrer aus Münster, der vor mehreren Jahren zwei junge Russen im Moskauer Straßenverkehr getötet hat, zahlt Schmerzensgeld an die Hinterbliebenen. Der Zivilvergleich sei vor wenigen Tagen rechtskräftig geworden, sagte gestern eine Sprecherin des Landgerichts Münster. Damit kann die Justiz einen Schlussstrich unter einen Fall ziehen, der die deutsch-russischen Beziehungen zeitweise belastet hatte.

Insgesamt 32.500 Euro wollen der Fahrer und seine Versicherung an die Mutter eines getöteten 17-Jährigen zahlen. Die Summe setzt sich aus Schmerzensgeld und Beerdigungskosten zusammen. Schon im vergangenen November hatte der Anwalt des Lehrers auch für die Hinterbliebenen des anderen Opfers eine Zahlung gleicher Höhe zugesagt (wir berichteten).

Das Amtsgericht Münster hatte den Lehrer, der mittlerweile wieder in Deutschland lebt, schon 2009 wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. Das Gericht sah es damals als erwiesen an, dass der Lehrer der deutschen Schule in Moskau mit seinem Geländewagen in der Nacht zum 30. November 2008 die beiden jungen Russen getötet hatte, als sie über einen Straßenstreifen gehen wollten.

Das russische Außenministerium hatte daraufhin die „milde Strafe“ vehement kritisiert. Nach russischer Darstellung war der junge Lehrer schon in der Vergangenheit wegen Verstößen im Straßenverkehr aufgefallen. Der Tod der Jugendlichen hatte in Russland für Aufregung gesorgt. Der Lehrer hatte diplomatische Immunität genossen, was ihn vor einer russischen Strafverfolgung schützte. dpa

BLICKPUNKT GAS-BOHRUNGEN Umstrittenes Verfahren mit Chemikalien in NRW bereits 1995



Gut zu erkennen an der roten Farbe: Die „Frack-Trucks“ der Firma Halliburton auf dem Bohrplatz „Natarp 1“ (Bild oben), in der Mitte ein Bauschild der Bohrung „Rieth 1“ bei Dreinstorf. Unten: Natarp heute. Fotos Hüge sive Houwe/privat/klomp

„Fracking“ füllt 14 Aktenordner

Radioaktive Stoffe / Mehr als 1000 Tonnen Bohrabfall auf Halde

DORTMUND/WARENDORF. Die Deutschland-Premiere wurde mit großem Bahnhof in der Alten Post in Dreinstorf vorgestellt: Erstmals werde mit einer „in den Vereinigten Staaten erfolgreich praktizierten Methode“ nach Erdgas in Kohleflözen gesucht, frohlockten die Bosse eines Dreierkonsortiums um die Conoco Mineraloel GmbH. Der Name des Verfahrens: „Fracking“.

Bis zu zwei Milliarden Kubikmeter Gas vermutete das Konsortium im Feld „Sigillaria“ im Münsterland. Fünf Bohrungen waren geplant, zwei wurden es dann – bis die Suche wegen geringer Förderraten eingestellt wurde.

Waldemar Müller-Ruhe, nach eigenen Angaben damals bei der Bohrung „Natarp 1“ zwischen Hoetmar und Everswinkel dabei, sagte beim Expertenfachgespräch der Bezirksregierung in Dortmund damals seien „nur Wasser und Sand eingesetzt worden“. Da sei lediglich mit Bohrflüssigkeit versucht worden, die Kohle aufzureißen. „Mehr ist nicht passiert.“

Wirklich nicht? Ein Blick in die in 14 Ordnern aufbewahrten Akten des Kammer Bergamtes offenbart etwas anderes: Die Firma Halliburton rückte damals im Auftrag des Konsortiums auf einem Feld zwischen Hoetmar und Everswinkel im Kreis Warendorf mit sogenannten „Frack-Trucks“ an und tat genau das, worüber heute heftig gestritten wird. Die US-Experten pumpen neben Tonnen von Sand und Chemikalien ins Bohrloch. Darunter ein Stoffgemisch namens „SSO 21 M“, ein Aufschäummittel, das extrem giftig ist.

In 1770 und 1850 Metern Tiefe sprengten sie Löcher ins Bohrgestein, um die Frackflüssigkeit zielgenau in die Kohleflöze zu pumpen. Zu den genehmigten Fracking-Verfahren in den 90er-Jahren sagte Abteilungsleiter Volker Milk von der Bezirksregierung Arnsberg: „Das ist unter

Hier bohrte das Konsortium



einem anderen Umweltbewusstsein, unter einer anderen Umweltschutzgesetzgebung passiert.“ Und weiter: „Das würde heute nicht wieder passieren.“ Auf einer Halde in Ahlen laggen noch heute 1177 Tonnen Bohrabfall.

Abwasser in die Lippe

Nicht nur das „Fracking“ bereitet Wasserversorgen und Umweltschützern heute große Sorge, sondern vor allem die Entsorgung des Abwassers. Auch bei „Natarp 1“ wurden neben den giftigen Stoffen, die ins Bohrloch gepumpt wurden, 322.000 Liter Formationswasser aus der Lagerstätte mit nach oben gefördert. Problem: Dieses Wasser ist extrem salzhaltig, vermischt mit der Frackflüssigkeit und enthält häufig auch radioaktives Radium. Auf diesen Stoff wurden die Abwässer 1995 jedoch nicht geprüft. Sie gingen ins Klärwerk des Lippeverbandes in Hamm oder wurden über ein Grubenwasserrückhaltebecken in Ahlen in den Abwasserbach Mattenbecke geleitet. So landeten sie auch in der Lippe. Fraglich bleibt auch die Herkunft des eingesetzten Wassers. Zwar gab es einen Brunnen. Eine wasserrechtliche Erlaubnis dafür hatte Conoco laut Akten aber nicht.

Dr. Karsten Schütz, Chef-Geologe der Conoco, erläuterte im Mai 1995 die Pläne des Konsortiums auch dem Umweltausschuss der Stadt Dreinstorf. Das Formationswasser werde abgepumpt und solle später an anderer Stelle wieder in den Erdboden eingebracht werden. Es seien „keine messbaren Landschaftsveränderungen“ zu befürchten, so Schütz damals. Genehmigt wurde eine solche sogenannte „Disposal-Bohrung“ – auch heute wieder heiß diskutiert – damals laut Akten nicht. Allerdings: Bei der zweiten Bohrung des Konsortiums in Dreinstorf hatte Conoco beantragt, das gesamte Loch nach Abschluss der Bohrungen mit Zement zu verfüllen. Tatsächlich aber füllte das Unternehmen erst Zement ein – dann auf rund einem Kilometer eine Kaliumchloridlösung unbekannter Herkunft – und die letzten 60 Meter wieder Zement. So entstand eine unterirdische Gift-Kippe. Die Bergbehörde merkte es, wie ein heftiger Schriftwechsel mit dem Mineralölkonzern offenbart. Conoco musste das Loch wieder öffnen und die salzige Flüssigkeit abpumpen. Allerdings musste das Unternehmen warten: Der Landwirt, dem das Feld gehörte, hatte über der giftigen Brühe im Bohrloch bereits wieder angebaut. Also wartete man so lange ab, bis die Erste eingefahren war. Christoph Klomp

Großbrand zerstört Lagerhalle

Eine Million Euro Schaden / Keine Verletzten

MÜNSTER. Ein Sachschaden von rund einer Million Euro entstand gestern bei einem Großbrand in Münster. Um kurz vor sieben Uhr war die Lagerhalle eines Unternehmens für Datenvermittlung in Brand geraten. 120 Feuerwehrmänner und fast 40 Einsatzfahrzeuge waren in einem Gewerbegebiet im Einsatz, um den Brand unter Kontrolle zu bringen.

Das Großfeuer, das die etwa 500 Quadratmeter große Halle völlig vernichtete, sorgte für eine kilometerhohe Rauchsäule, die bis weit in die Innenstadt Münsters zu sehen war. Der Feuerwehrgang es, ein Übergreifen der Flammen auf das benachbarte Verwaltungsgebäude zu verhindern. Nach rund zwei Stunden war der Brand zwar unter Kontrolle, die Löscharbeiten dauerten aber bis in den Abend. In der Halle lagerte geschreddertes Papier, in dem sich immer wieder Glutnester bildeten. bdk



Die Rauchsäule des Brandes, bei dem eine Lagerhalle komplett zerstört wurde, war kilometerweit zu sehen. Foto Etzorn

KURZ BERICHTET

Kur: Ablehnungsquote variiert stark

MÜNSTER. Bei der Bewilligung von Mutter-Kind-Kuren macht die Caritas im Bistum Münster starke Unterschiede zwischen einzelnen Krankenkassen aus. So variiere die Ablehnungsquote zwischen gut 12 und über 80 Prozent, teilte der Sozialverband gestern in Münster mit. Das sei ein eindeutiges Indiz dafür, „dass nicht allein medizinische Gründe ausschlaggebend sind“, sondern auch Sparzwänge. KNA

600 Kilo Messingspäne gestohlen

OELDE. Schwere Beute machten Unbekannte am Wochenende in Oelde. Wie die Polizei gestern mitteilte, stahlen Diebe 600 Kilogramm Messingspäne von einem Betriebsgelände. In Wannen sollen sie die Späne über den Zaun gehievt und mit einem Transporter weggeschafft haben. san

ZUR SACHE

Minister: „Frage der Interpretation“

Was Wirtschafts- und Umweltministerium öffentlich zum Thema gesagt haben – und was nicht

DÜSSELDORF. Das in Nordrhein-Westfalen bereits „gefrackt“ worden ist – damit hielten die beteiligten Behörden und Ministerien lange hinterm Berg. Auf Anfrage im NRW-Wirtschaftsministerium hieß es, das sei „eine Frage der Interpretation“. Einige öffentliche Aussagen der letzten Monate:

„Was dann das sogenannte Fracking angeht, so wurde in Nordrhein-Westfalen bisher keine diesbezügliche Genehmigung beantragt, nur damit wir das einmal festhalten.“ (NRW-Wirtschaftsminister Harry Voigtsberger, Landtagsdebatte, 3. Februar 2011)

„In Nordrhein-Westfalen sind weder Frack-Maßnahmen durchgeführt worden noch werden solche derzeit durchgeführt.“ (NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Die Grünen) in einem Brief an die grüne Landtagsabgeordnete

Wibke Brems, 15. März).

„Frack-Maßnahmen sind in Nordrhein-Westfalen bisher im Zusammenhang mit den aktuellen Erkundungsvorhaben weder genehmigt noch durchgeführt worden.“ (Voigtsberger, Wirtschaftsabschluss, 12. Januar, laut Rede-Manuskript)

„Über den etwaigen Einsatz von Stoffen für den Frac-Process, die schädliche Gewässer-

serveränderungen zur Folge haben könnten, wie er nach den Darstellungen in einigen Presseartikeln in Gebieten außerhalb Deutschlands oder Nordrhein-Westfalens erfolgt sein soll, liegen hier keine Kenntnisse vor.“ (Voigtsberger, 21. Oktober 2010)

„In Nordrhein-Westfalen ist dies bis jetzt jedoch noch nicht der Fall.“ (Bericht der Landesregierung an den Landtag, 11. Februar 2011) nick

Bergbehörde der Bezirksregierung

DORTMUND. Zuständig für den gesamten Bergbau in NRW – also auch die Suche und die Bohrungen nach Erdgas – ist das Dezernat 61 – Bergbau und Energie in NRW, das bei der Bezirksregierung Arnsberg angesiedelt ist. Die fraglichen Gasbohrungen aus dem Jahr 1995 wurden allerdings noch vom Bergamt in Kamen genehmigt. Durch die Verwaltungsreform wurde die Behörde mit dem 1. Januar 2001 in die Bezirksregierung Arnsberg integriert. Aufsichtsbehörde ist und war das NRW-Wirtschaftsministerium. nick

Regionalrat fordert größere Kasernen

MÜNSTER. Der Regionalrat des Regierungsbezirks Münster hat gestern mit einer Resolution an das Bundesverteidigungsministerium appelliert, die Kasernen der Region nicht aufzulösen. Vielmehr sollten die Standorte aufgewertet werden, heißt es. In dem einstimmig be-

schlossenen Papier heißt es, Nordrhein-Westfalen habe seit der jüngsten Reform der Bundeswehr im Jahre 2004 überdurchschnittlich viele militärische Arbeitsplätze abbauen müssen. Inzwischen gebe es in NRW 2,1 Dienststellen der Bundeswehr auf 1000 Einwohner; bundesweit

liege der Durchschnitt jedoch bei 3,5 Dienststellen. Regierungspräsident Dr. Peter Faziorek hatte auf Antrag der SPD-Gruppierung im Regionalrat die Resolution erarbeitet. Sie fordert unter anderem, „Allianzen“ für ein Standortbündnis im Münsterland zu gründen.

Die Resolution bezieht sich auch auf einen Bericht des Landkreistages Nordrhein-Westfalen. Er kritisiert, dass beim Verkauf der Kasernen nach Abzug der Soldaten gesellschaftspolitische Aspekte selten eine Rolle spielen, sondern nur der zu erzielende Preis. sb

NOTIZEN

80-jährige Radlerin angefahren

AHAUS. Fahrerflucht nach Unfall: Gestern wurde eine 80-jährige Radlerin in Ahaus angefahren. Ein Autofahrer tötete die Frau beim Überholen. Die 80-Jährige wurde dabei leicht verletzt. Der Unfallverursacher fuhr aber einfach weiter. san